

- Beschluss -

<i>Einbringer</i> Politik	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
------------------------------	--------------------------------

<i>Gremium</i>	<i>Sitzungsdatum</i>	<i>Ergebnis</i>
Bürgerschaft (BS)	29.06.2026	vertagt
Senat (S)	11.08.2026	behandelt
Ausschuss für Bildung, Kultur, Universität, internationale Beziehungen und Wissenschaft (BiA)	02.09.2026	ungeändert zugestimmt
Hauptausschuss (HA)	07.09.2026	behandelt
Senat (S)	15.09.2026	behandelt
Bürgerschaft (BS)	21.09.2026	ungeändert beschlossen

Finanzielle Zukunft der Universität Greifswald stärken und den Wissenschaftsstandort sichern

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bekräftigt ihren Appell an die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern und den Landtag, die Universität Greifswald dauerhaft finanziell zu stärken und ihre auskömmliche Finanzierung sicherzustellen.

Bereits im Frühjahr 2026 hat sich die Bürgerschaft mit einer Stellungnahme an die Landesregierung und den Landtag gewandt und auf die schwierige finanzielle Situation der Universität Greifswald sowie deren herausragende Bedeutung für Stadt, Region und Land hingewiesen. Die Bürgerschaft sieht weiterhin dringenden Handlungsbedarf, da bislang keine dauerhafte Lösung zur Sicherung der Finanzierung erreicht werden konnte.

Die Universität Greifswald und die Universitätsmedizin Greifswald bilden gemeinsam die größte Arbeitgeberin der Universitäts- und Hansestadt Greifswald. Sie sind ein unverzichtbarer Motor für Wissenschaft, Forschung, Gesundheitsversorgung, Innovation und wirtschaftliche Entwicklung in Vorpommern und weit darüber hinaus. Ihre nachhaltige Stärkung liegt daher im besonderen Interesse des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Die Bürgerschaft appelliert daher erneut an die Landesregierung und den Landtag,

- die Grundfinanzierung der Universität Greifswald zu stärken,

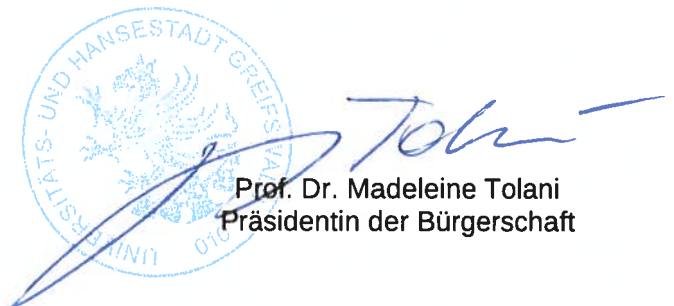
- Kostensteigerungen angemessen auszugleichen,
- der Universität Greifswald eine verlässliche finanzielle Perspektive zu geben und
- die Voraussetzungen für eine dauerhaft auskömmliche Finanzierung des Hochschul- und Wissenschaftsstandortes Greifswald zu schaffen.

Die Bürgerschaft verbindet diesen Appell mit der Bitte, die notwendigen haushaltspolitischen Entscheidungen zeitnah neu zu treffen, um die Zukunftsfähigkeit der Universität Greifswald langfristig zu sichern.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, diesen Beschluss der Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, der Ministerin für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten, sowie dem Landtag zuzuleiten.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
22	0	12



Prof. Dr. Madeleine Tolani
Präsidentin der Bürgerschaft